



Bei gleichzeitiger empfindlicher Schwächung in Form der Verminderung der Mitgliederzahl aufrecht und zutreffend weist der vorliegende Bericht darauf hin, daß weitere große Ausgaben für die Zeit nach dem Kriege mit ihrer voraussichtlich bedeutenden Arbeitslosigkeit bevorstehen. Die Gewerkschaften haben sich während der Kriegszeit als nützlich und notwendig erwiesen und sie werden auch nach dem Kriege der Arbeiterschaft notwendig, unentbehrlich und nützlich sein.

Der vorliegende Bericht zeigt auch in anschaulicher Weise durch statistisches Material die in der Kriegszeit eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung, die bis Ende Oktober 1915 für die wichtigsten Lebensmittel 39 Prozent bis 233 Prozent (Eier) betrug und die seither noch weitere empfindliche Verschärfung erfahren hat.

Dem österreichischen Berichte ist zu entnehmen, daß der Geschäftsgang der Schuhindustrie infolge der großen Heeresaufträge ein befriedigender war und mit Hilfe des Verbandes halbwegs entsprechende Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen, zum Ausgleich mit der drückenden Kriegsteuerung erreicht werden konnten. Die Teuerung wird hier ebenfalls durch Preisangaben für die wichtigsten Lebensmittel anschaulich gemacht. Die Kriegsertrauen in Wien erhalten samt dem Wohnungsgeldzuschuß eine staatliche Unterstützung von 1,22 Kr. täglich, Kinder im Alter von über 8 Jahren ebensoviel, Kinder unter 8 Jahren weniger.

Der ungarische Bericht enthält die interessante Mitteilung, daß vor dem Krieg 720 Arbeiter in Schuhfabriken mit der Herstellung von Militärschuhen beschäftigt waren, schon drei Monate nach dem Krieg aber 6100. Stillstehende Schuhfabriken wurden rasch wieder in Betrieb gesetzt, auch neue Schuhfabriken entstanden, um aber mit dem Nachlassen der Heeresaufträge wieder einzugehen, was nach zwei bis dreimonatlicher Tätigkeit schon teilweise der Fall war.

Ueber die empfindliche Schädigung unseres ungarischen Bruderverbandes durch den Krieg haben wir schon wiederholt berichtet, so daß wir die bezüglichen Mitteilungen im vorliegenden Berichte übergehen können.

Ebenfalls mitgeteilte Preisangaben lassen erkennen, daß die Preissteigerungen für Lebensmittel in Ungarn 35 Prozent bis 290 Prozent betragen, da Höchstpreise von den Behörden erst dann festgelegt werden, wenn die Preise wirklich aufs höchste gestiegen sind. Die Kriegsertrauen erhalten in Ungarn eine tägliche Unterstützung im Betrage von nur 68 bis 78 Heller vom Staate, Kinder unter 8 Jahren nur die Hälfte. Die durch die Organisation errungenen Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen betragen 15 bis 20 Prozent. Der Bericht weist ebenfalls der Gewerkschaft für die Zeit nach dem Kriege große Aufgaben zu.

Ueber die Verhältnisse des Schweizer Lederarbeiterverbandes ist vor einiger Zeit ein Situationsbericht im Fachblatt veröffentlicht worden.

Auch die Schuhindustrie in Dänemark war mit Militäraufträgen gut beschäftigt, so daß während der ganzjährigen Kriegszeit, über die berichtet wird, die Arbeitslosigkeit auf 2 Prozent geblieben ist. Belastet wird über die schwierige Beschaffung der erforderlichen Rohmaterialien, vor namentlich England alle möglichen Hindernisse in den Weg legt. Es erschwert die Zufuhr von Säuten und Gerbstoffen aus Amerika und auch von Fäden und anderen Futuraturen aus England selbst, sodas es aus diesen Gründen zum Geschäftstillstand in der dänischen Schuhindustrie kommen kann. Die im Berichte gegebene Tabelle der Preise in Kopenhagen zeigt ebenfalls für fast alle Artikel Preissteigerungen bis über 100 Prozent, dabei sind (oder waren) wichtige Lebensmittel doch viel billiger als in Deutschland; so kostete zwar der Liter Milch im Oktober 1915 24 Dore gegen 40 Dore im Juli 1914, ist also ebenfalls empfindlich verteuert worden, aber mit diesem Preise war sie doch wesentlich billiger als z. B. in der deutschen Reichshauptstadt.

Ueber den norwegischen Schuhmacherverband ist kürzlich im Fachblatt berichtet worden. Mit 1799 Mitgliedern im Juli 1915 war er um 6 stärker als im Juli 1914. Er war in der Zwischenzeit freitags auf 1881 Mitglieder gestiegen und zwar im Februar 1915, doch schwankte die Mitgliederzahl von Monat zu Monat und ging also auch wieder zurück. Gewiß wird sie auch wieder steigen. Die Verteuerung der Lebenshaltung betrug 21 Prozent insgesamt, also erheblich weniger als in den anderen Ländern, was wohl in dem überwiegend landwirtschaftlichen Charakter Norwegens seinen Hauptgrund hat. Fleisch- und Milchpreise sind nur um 7 Prozent bis 17 Prozent gestiegen, Mehl aber um 79 Prozent, Brennholz um 58 Prozent. Die Arbeitslöhne sind nicht im gleichen Verhältnis wie die Warenpreise gestiegen, sodas die sozialen Verhältnisse auch in unserem Lande viel schlechter geworden sind, als sie vor dem Kriege waren.

Die schwedische Schuhindustrie war mit Militäraufträgen gut beschäftigt, sodas nur unbedeutende Arbeitslosigkeit vorhanden war. Unser schwedischer Bruderverband hat im ersten Kriegsjahr seine Mitgliederzahl um 266 von 3616 auf 3882 vermehrt, also eine ausnahmsweise günstige Entwicklung erfahren, womit er überragend der stärkste Schuhmacherverband Skandinaviens ist. Die Verteuerung der Lebenshaltung betrug in Stockholm 26,9 Prozent, wobei aber einzelne Artikel bedeutend im Preise gestiegen sind, so z. B. beites schwedisches Roggenmehl um 61,9 Prozent. Und da wollten die Unternehmer die Arbeitslöhne reduzieren, was ihnen aber in keinem einzigen Falle organisierten Arbeitern gegenüber gelungen ist.

Der englische Bericht umfaßt nur das Jahr 1914, in dem der dortige Bruderverband überraschenderweise seine Mitgliederzahl von 42 486 auf 49 338 erhöhte. Wahrscheinlich ist aber diese ganz außerordentliche Zunahme in den sieben Friedensmonaten erfolgt. Die Gesamteinnahmen betragen rund Sterl. 75 688 (Mk. 1 513 760), die Gesamtausgaben Sterl. 64 015 (Mk. 1 280 300). Der Vermögensbestand betrug am Jahreschlusse 1914 Sterl. 171 308,10 (Mk. 3 426 170,80). Aus den Ausgabenposten heben wir folgende hervor: für Arbeitslosen-, Reise- und Umzugsunterstützung Sterl. 10 513,19 (Mk. 210 279,56), Streikunterstützung Sterl. 5034,3 (Mk. 101 683), Krankenunterstützung Sterl. 22 669,19 (Mk. 453 399), Kriegsunterstützung an 3178 Mitglieder Sterl. 1026,15 (Mk. 20 535).

Der amerikanische Schuhmacherverband hat im Jahre 1914 eine Verminderung seiner Mitgliederzahl von 40 000 auf 36 077 erfahren, jedoch meint die „L. Kor.“ dazu, daß es sich dabei wohl nur um einen scheinbaren Rückgang handelt, indem nach der englischen Gewerkschaftspraxis nur jene Mitglieder angeführt sein dürften, die dem Verband bereits über ein Jahr angehören. Die Einnahmen des Jahres 1914 betragen Mk. 1 480 978 (Mk. 1 286 576). Die Ausgaben betragen Mk. 1 281 338 (1 159 800). Hieron an Unterstützungen Mk. 583 724 (1 123 352). Der Kassenbestand in Haupt- und Nebenkassen betrug am Jahreschlusse 1914 Mk. 1 302 127 (931 172). Dennoch waren im Berichtsjahre die Einnahmen und Ausgaben erheblich höher als 1913, womit ein Mitgliederrückgang in der Tat sich nicht gut in Übereinstimmung bringen ließe. Ein anderer Bericht für die Zeit vom 1. Juni 1914 bis 1. Juni 1915 läßt gleichfalls nach dem Kassabericht eine gute Weiterentwicklung des Verbandes erkennen, der einen Kassabestand von 256 361,54 Dollars gegen 188 620,28 Dollars am 1. Juni 1914 ausweist. Bemerkenswert ist, daß der amerikanische

Der also die Idee des Arbeiterverbandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft. Der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Verböhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrückung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben, und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlagstruf des Volkes ertönt.

Ferdinand Lassalle.

Schuhmacherverband im Berichtsjahr 1914/15 nur 210 Dollars für Streit ausgeben mußte gegen 4655,41 Dollars im Vorjahre, die ebenfalls keine große Ausgabe für diesen Zweck darstellten. Zahlreiche Kämpfe und Differenzen mit den Unternehmern wurden für die Arbeiter erfolgreich durchgeführt, viele davon auf Grund bestehender Schiedsgerichtsverträge, die Streits überhaupt ausschließen und zur Lösung der Konflikte mittels gemeinsamer friedlicher Verhandlungen verpflichteten.

Die Geschäftslage der amerikanischen Schuhindustrie war in den Jahren 1913/14 und bis in 1915 hinein schlecht, ist aber dann durch die großen Militäraufträge der Entente-staaten zweifellos bedeutend gesteigert worden.

Vom 21. bis 29. Juni 1915 hielt der Verband in Buffalo eine Delegiertenversammlung ab, auf der sich der Verbandsvorsitzende Tobin einschloß gegen die Arbeiterdemoralisierende und schädigende kapitalistische „Wohlfahrtspolitik“ in den Betrieben wandte. Diese „wohltätige“ Schuhfabrik Kelleton in Newyork wurde gegenüber dem Verband vertragsbrüchig und zwang ihre Arbeiter in eine gelbe Krankenkasse, also eine wahre Vergewaltigung der Arbeiter. Wir möchten mit den ermutigenden Worten des schwedischen Berichtes schließen:

Seit 15 Monaten donnert die fürchterliche Sprache der Kantonen auf den Schlachtfeldern Europas und der Kreuz des Krieges brückt die Völker und die friedliche Arbeit wie ein Alp. Der Krieg muß jedoch einmal ein Ende nehmen. Es ist unsere lebhafteste Hoffnung, daß die Arbeiterklasse zu dieser kommenden Zeit sich selber wiederfinden möge und mit erneuter Stärke ihren eigenen Befreiungskampf verfolgen werde. Daß dieser Kampf nach internationalen Dingen geführt werden muß, wird sicherlich für die Arbeiter der ganzen Welt nach dem Kriege ebenso klar sein, wie vor demselben — allen Spekulationen der Kapitalisten für das Gegenteil zum Troste — dies ist unsere feste Überzeugung, weil das kapitalistische Produktionssystem ein internationales ist und deshalb mit Notwendigkeit eine solche Taktik hervor-zwingt. Die internationale Solidarität soll leben!

Sassen wir die wackenden Mahnungsworte: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ wieder über die ganze Welt hallen. Es lebe die Internationale Schuh- und Lederarbeiter-Union!

## Lohnerhöhungen.

In Dresden und Hannover haben die Schuhmacherrinnungen unseren Kollegen, auf ihre bezügliche Forderungen hin, Lohnerhöhungen von 10 Prozent bewilligt. Die Hannoverische Innung will auch die Löhne für Militärfüßel um 10 Prozent erhöhen, wenn die Armeeverwaltung die Preise um 10 Prozent erhöht. Die Lohnerhöhung auf die Zivilarbeiten will sie mit der Beseitigung der Teuerung wieder zurücknehmen, natürlich aber vorher mit den Gehilfen darüber reden. Die Dresdener Schuhmacherrinnung will wegen der Lohnerhöhung die Schuhpreise erhöhen. Die Lohnerhöhungen für die Arbeiter werden so auch Einkommenserhöhungen für die Meister zur Folge haben, die Konsumenten werden damit belastet.

In Wittweida verlangen unsere Kollegen eine Lohnerhöhung von 20 Prozent.

Natürlich bildet heute eine 10prozentige Lohnerhöhung nur eine kleine Abschlagszahlung gegenüber der um etwa 100 Prozent verteuerten Lebenshaltung und das gleiche läßt sich auch von der 20prozentigen Lohnerhöhung sagen, die immerhin das Doppelte ausmacht. Der Rest ist Einschränkung, Kultivierung der Bedürfnislosigkeit nach dem Beispiel des Diogenes, der in einem Fasse wohnte und sich von kleinen Natursorgen näherte. Über dieser Griechen arbeitete dafür auch nicht, sondern äbte sich bloß in der Philosophie der Bedürfnislosigkeit.

## Erfolgreicher Schuhmacherstreik in Zürich.

Während die Schnellfabriken ohne Kampf den Achtstundentag und wöchentlichen Minimallohn von 43 Fr. bewilligten, ließen es die organisierten Meister zum Streit kommen, der allerdings nur 3 Tage dauerte mit Einschluß des 1. Mai. Die Gehilfen hatten während der laufenden achtstündigen Kündigungsfrist die Vermittlung des Einigungs-vorschlag in der Verammlung zugestimmt, während der Meisterverband ihn ablehnte, um Verschlechterungen vorzunehmen. Den Hauptgrund dazu lieferte die Betriebsgenossenschaft der Meister, in der nun ebenfalls der Wochenlohn statt des Akkordblohnes eingeführt werden sollte.

Schließlich verzichteten unsere Kollegen auf diese Forderung und kam dann folgende Vereinbarung vor dem Einigungsamte zustande:

1. Für alle Arbeiten (Akford- oder Zeitlohn) wird ein Lohnzuschlag von 10 Prozent zum Tarif vom 1. Mai 1911 befristet. Für die Betriebsgenossenschaft der Schuhmachermeister beträgt der Lohnzuschlag 5 Prozent zum Tarif vom 1. Oktober 1915. Die Berechnung erfolgt nicht nach einzelnen Posten, sondern nach dem Gesamtverdienst.
2. Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 1/2 Stunden. Nach Beendigung des Krieges, spätestens aber ab 1. November 1916, beträgt die tägliche Arbeitszeit in Werkstätten mit vorwiegendem Maschinenbetrieb 9 Stunden. Samstag beträgt die Arbeitszeit je eine Stunde weniger. Einteilung: Im Sommer von 7 bis 12 und halb 2 bis 1 Uhr, im Winter von halb 8 bis 12 und halb 2 bis halb 7 Uhr.
3. In der Werkstätte der Betriebsgenossenschaft der Schuhmachermeister kann für Aufsichtler Akford- und Stundenlohn bezahlt werden. Für gelbte Maschinenarbeiter gilt ein Minimalstundenslohn von 80 Rp.
4. In den übrigen Werkstätten mit Maschinenbetrieb darf nur im Wochenlohn gearbeitet werden. Der Minimalwochenlohn beträgt für Aufsichtler 40 Fr., für gelbte Maschinenarbeiter 42 Fr.
5. Der Tarifvertrag tritt am 1. Mai 1916 in Kraft und gilt auf die Dauer von drei Jahren. Er bleibt, wenn ihn nicht eine Partei drei Monate vor Ablauf dieser Frist kündigt, jeweils ein weiteres Jahr in Kraft, bis Kündigung erfolgt.

Unsere Kollegen haben also in den Maschinenbetrieben die 9 stündige tägliche Arbeitszeit an Stelle der 9 1/2 stündigen und damit eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden erreicht, wobei am Sonnabend nur 8 Stunden gearbeitet wird. Zu dieser wertvollen Errungenschaft kommt noch der Wochenlohn statt des Stücklohnes mit einem annehmbaren Minimum. Nur in den Meisterwerkstätten bleibt bis auf weiteres die 9 1/2 stündige tägliche Arbeitszeit, deren Reduktion auf 9 Stunden in 3 Jahren eine Selbstverständlichkeit sein wird.

Von besonderem Interesse ist, daß auch in der Betriebsgenossenschaft der Meister, die seinerzeit als Streikbrecher für Zürich und die ganze Schweiz zur Verunmöglichung von Schuhmacherstreiks gegründet wurde, die 10 Gehilfen, die gewerkschaftlich organisiert sind, ebenfalls mitgestreikt haben. Die „arbeiterfreundliche“ Spekulation des Meisterverbandes hat also vollständig Fiasko gemacht.

## Zur Vereinsgesetznovelle.

1. Der Vorstand des deutschen Landarbeiterverbandes wendet sich in einer längeren Eingabe vom 6. Mai an den Reichstangler. In dieser nimmt er gegen die Forderung in der Eingabe des Vorstandes des deutschen Landwirtschaftsrats an den Reichstangler Stellung, bei der Neuregelung des Vereinsgesetzes die neuen Bestimmungen nicht auf die Landarbeiter auszuweihen. Der Landarbeiterverband legt ausdrücklich dar, daß das Bedürfnis einer Interessensvertretung der ländlichen Arbeiter durch eine selbständige Organisation gegeben ist. Der Verband zählte bei Beginn der Kriegszeit 22 581 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder ist in der Kriegs-

## Für unsere weiblichen Mitglieder.

### Mehr Schutz den Arbeiterinnen!

Die ungehemmte und uneingeschränkte Verwendung der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie hat zu zahlreichen bedenklichen Missetatungen geführt. Vielfach sind Arbeiterinnen an Arbeiten gestellt worden, denen ihr Organismus oder ihre Körperkraft nicht gewachsen war, oft ist auch der Arbeitstag in einer alle verlässlichen Grenzen überschreitenden Weise ausgedehnt worden. Die Aufhebung wichtiger Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen bei Ausbruch des Krieges hat den Unternehmern die übermäßige Ausnutzung der weiblichen Arbeitskräfte erleichtert und damit die entspringenden Schäden für die Gesundheit der Arbeiterinnen vermehrt. In Anbetracht dieser Umstände hat die Genossin Luise Zieg in Gemeinschaft mit der Genossin Gertrud Hanna, der Leiterin des Arbeiterinnen-Sekretariats der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, eine Petition ausgearbeitet und an den Reichstag gesandt, in welcher zum Schutze der Arbeiterinnen und Jugendlichen gefordert wird:

1. die Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, nach welchem der Reichskanzler für die Dauer des Krieges die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeitertagen-, Jugend- und Kinderschutz außer Kraft setzen kann;
2. die Einführung des Achtstundentages für Frauen, mindestens für die in der Schwerindustrie (Großindustrie, Bergbau, Erdarbeiten, Müllabfuhr u. a. m.) beschäftigten Frauen.

In der Begründung wird in spezialisierten Ausführungen auf die große Schädlichkeit hingewiesen, die dadurch für die Gesundheit der Arbeiterinnen entsteht, daß sie in Betrieben hineingekommen sind, welche von vornherein als gesundheitschädlich für den weiblichen Organismus bezeichnet werden müssen. Es wird hingewiesen auf die Beschäftigung mit gewerblichen Giften in der chemischen und Sprengstoffindustrie sowie auf das Leben schwerer Lasten bei der Geschloßfabrikation, in den Hüftenwerken u. a. m. Auch auf die Schädlichkeit der vielen Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wird hingewiesen. Es wird dabei zahlenmäßig der Nachweis erbracht, daß zu solcher Überarbeit gar keine Notwendigkeit vorliegt, weil weibliche Arbeitskräfte genügend vorhanden seien.

Es wird darauf verwiesen, daß nach dem „Reichsberichtsblatt“ im Februar 1916 für 163 weibliche Arbeitstendenzen nur 100 offene Stellen vorhanden waren. Allein in Berlin stieg im Januar 1916 gegen den Vormonat die Zahl der arbeitssuchenden Frauen von 10 700 auf 14 200, die der offenen Stellen sank gleichzeitig von 8500 auf 8220. Die Besetzung der Stellen sämtlicher Arbeitsnachweise, die regelmäßig ihre Einsetzungen machen. Nach dem westfälischen Bericht kommen sogar auf 216,5 Arbeitstendenzen nur 100 offene Stellen. Aber auch die Zahl der männlichen Arbeitstendenzen stieg in Berlin im Januar von 11 700 auf 16 100 und die der offenen Stellen nur von 11 350 auf 10 400.

Im dem schon erwähnten Ministerialerlaß vom 10. August 1914 heißt es aber ausdrücklich: „Bei der Bewältigung von Ausnahmen müsse unter allen Umständen beachtet werden, daß dadurch die Arbeitslosigkeit der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Männer nicht vermindert werde.“

Durch die Überarbeit der Beschäftigten ist nunmehr die Beeinträchtigung der Arbeitslosigkeit für Männer und Frauen eingetreten. Damit steht die weitere Zulassung von Ausnahmen im Widerspruch zu dem Willen der Gesetzgeber und dem klaren Wortlaut der ministeriellen Ausführungsbestimmungen; die Besetzung der Ausnahmen wäre also ein Akt der Berechtigung und eine segensreiche, sozialpolitische Tat.

Es werden dann zur Bekräftigung der Darlegungen in der Petition zwei ärztliche Gutachten angefügt, die so beachtenswert sind, daß wir sie hier folgen lassen.

Herr Sanitätsrat Dr. Freudenthal sagt in dem ersten Gutachten über die Wirkungen der Überstunden- und Nachtarbeit auf den Frauenorganismus:

„Ich kann als Arzt nur auf Grund zahlreicher Erfahrungen bestätigen, was von den Laien nach dem Augenschein behauptet wird, daß durch die Kriegsarbeit mit ihren Überstunden, der Sonntags- und Nachtarbeit bei den Frauen namentlich die schwersten gesundheitslichen Schädigungen hervorgerufen sind. Ich erinnere mich nicht, jemals soviel schwere Fälle von Nervenschwäche und Nervenverrückung gesehen zu haben wie jetzt seit Jahresfrist; fast allgemein klagen die Patientinnen über heftige Kopfschmerzen, Schwindel und Ohnmachtsanfälle; letztere sind namentlich auch in meiner Sprechstunde während der Unternehmung eingetreten. Schon äußerlich fällt die Unterernährung, Blässe der Haut und Schleimhaut auf, zahlreich sind die Fälle von Lungenphlegmonen, Herzaffektionen, nervösen Magen- und Darmbeschwerden, Magenverstopfung. Dazu kommen noch die vielen Anfälle mit ihren unheilvollen Folgen für das Nervensystem.“

Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß viele Frauen mangels leichter Arbeit schon in lebendem Zustande die

schwere Kriegsarbeit übernommen und sich dadurch eine Verschlimmerung ihres Leidens zugezogen haben, so sind auch andererseits reichlich Fälle nachweisbar, in denen früher gesunde Frauen sich ihr Leiden durch monatelange schwere und anhaltende Beschäftigung in der Kriegsindustrie ausgezogen haben.

Daß die Lebensmittelerzeugung und der Mangel an verschiedenen Lebensmitteln dabei mitwirken, ist sicher zumal in den Fällen, wo nach Eintritt eines Magenleidens oder wie bei Zuckerkrankheit eine begrenzte, schonende Diät am Platz wäre.

Ich würde es im Interesse der Volksgesundheit mit Freuden begrüßen, wenn der Arbeiterinnen- und Jugendschutz wieder in Kraft gesetzt würde.“

Das zweite Gutachten hat Herr Dr. Sadek abgegeben. Es lautet: „Während des Krieges, insbesondere in den letzten Monaten, habe ich auffallend viele Fälle von nervösen Störungen und Erkrankungen bei Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen gesehen: Kopfschmerz und Einkommenheit des Kopfes, Schwindel und Störungen des Schlafes, Abgeschlagenheit in den Gliedern und allgemeine Sinfälligkeit, Kreuz- und Rückenschmerzen, Einschlafen und Absterben in Säuglingen und Füßen, auch gesteigerte Erregbarkeit, Angstauffälle, Muskelzittern, Beklemmungen auf der Brust, Herzlopfen und Herzangst. Fast in allen Fällen waren erhebliche Gewichtsabnahmen zu konstatieren, in vielen Zeichen von hochgradiger Blutarmut vorhanden. Viele mußten deswegen ihre Beschäftigung aufgeben und soweit sie Krankenkassenmitglieder waren, arbeitsunfähig geschrieben werden — die Statistik der Krankenkassen dürfte diese Erfahrungen zahlenmäßig bestätigen.“

Daß ein Zusammenhang zwischen diesen gehäuften Nervenkrankungen und dem Kriege resp. den durch denselben veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen besteht, ist kaum zu bezweifeln. Freilich ist es im Einzelfall sehr schwer nachzuweisen, ob mehr die verlängerte Arbeitszeit resp. die Sonntags- und Nachtarbeit oder die erschwerte Nahrungsmittelbeschaffung resp. Unterernährung oder die Sorge um den im Felde stehenden Mann, Sohn, Bruder usw. oder die (so oft bei Gelegenheit des funkellangen Stehens auf der Straße bei Wind und Wetter erworbene) „Erfältung“ schuld war an den nervösen Störungen, der Entkräftung, dem Verlust des seelischen Gleichgewichts.“

Auch bei arbeitenden Schwangeren ist mir diese in der letzten Zeit gesteigerte Sinfälligkeit aufgefallen und hat zur frühzeitigen Unterbrechung der Beschäftigung geführt.

Daß von den Arbeiterinnen verlängerte Arbeitszeiten, Überstunden und insbesondere Nachtarbeit viel schwerer ertragen werden als von den Männern, viel leichter zu Gesundheitsstörungen, Gewichtsabnahmen und nervösem Zusammenbruch führen, liegt ohne weiteres auf der Hand. Sämtliche Pflichten und Sorgen, Nachstellungen durch die Kinder (bei Erkrankungen derselben insbesondere) nehmen die außer dem Hause arbeitende Frau ungleich mehr mit, machen sie ungleich schneller müde als den in jeder Beziehung besser gestellten und gepflegten Mann. Aus dieser Erwägung heraus sind feinerzeit die Schutzbestimmungen für die gewerblich tätige Frau entstanden; sie sollten jetzt, wo noch viel mehr körperliche und seelische Anforderungen an die Arbeiterfrau gestellt werden, im Interesse nicht bloß dieser Frauen, sondern auch im öffentlichen Interesse, im Interesse der Volksgesundheit (auch der Krankenkassen) je eher, desto besser wieder in Wirksamkeit treten.“

Es ist sehr zu wünschen, daß der Reichstag dieser Petition zustimmt. Bei Ausbruch des Krieges, als der Regierung die Vollmacht erteilt wurde, in etwaiger Notlage gewisse Beschränkungen in der Gewerbeordnung außer Kraft zu setzen, hat natürlich niemand gehaut, daß dies auf so lange Zeit geschehen werde. Herr Ministerialdirektor Dr. Caspary hat kürzlich selbst im Reichstag zugegeben, daß diese Frage eine sehr ernste sei und daß darauf gehalten werden müsse, daß die Frauen gesundheitlich nicht zu Schaden kommen. Man wird also die Petition annehmen und die Regierung wird nach ihr handeln müssen.

### Krieg und Frauenerwerbsarbeit. Mutterchaft und Erwerbsarbeit.

Welche Schädigungen die erwerbende Frau, ob ledig oder verheiratet, durch die zu niedrige Entlohnung ihrer Leistungen und die im Arbeitsprozeß auf sie einwirkenden gesundheitschädlichen Gefahren erfährt, haben wir schon in den vorangehenden Ausführungen. Die allerschwersten Konflikte erwachsen aber jeder Arbeiterin aus der Vereinigung von Erwerbsarbeit und Mutterchaft. Die Pflichten, die Hausfrauenbetriebe und Mutterchaft der Frau auferlegen, sind so große, schwere und verantwortungsvolle, daß sie die ganze Lasterlast einer Frau voll auf in Anspruch nehmen. Und deshalb wäre es für den Aufbau der Gesellschaft auch viel nützlicher, wenn den Müttern des Volkes Zeit und Mittel gegeben würden, einen gesunden Nachwuchs zur Welt zu

bringen und zu nützlichen Gliedern der Menschheitsgemeinschaft heranzuziehen. Das läßt aber die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht zu. Was Lebensberuf der Frau sein sollte, die Aufsicht des Nachwuchses, die es ihr auch ermöglichte, ihre Persönlichkeit reich und voll zu entfalten, und das Glück zu genießen, die geistigen und körperlichen Anlagen ihrer Kinder zur höchsten Entfaltung zu bringen, muß von ihr im Nebenberuf erledigt werden. Dies Uebermaß von Arbeit reißt den Organismus der Frauen vor der Zeit auf, zerstört das Glück vieler Ehen und raubt vielen, auch zu vielen Arbeiterkindern die Mutter schon in der Zeit, da sie Säuglinge und Leiterin ihres jungen Lebens sein müßte.

Das ist die furchtbare Tragik im Leben der arbeitenden Frau! Das Dasein ihrer Kinder zwingt sie zur Arbeit, um Nahrung für diese zu verdienen. In der deutschen Textilindustrie sind mehr als in anderen Berufen verheiratete Frauen beschäftigt, von denen die weitaus größte Zahl Mütter sind. Auch andere Industrien haben viele Mütter beschäftigt, deren Zahl durch den Krieg mit seiner Not noch vergrößert wurde. Die Not dieser Mütter beginnt nicht erst, wenn ihr Kind da ist und sie für sein Dasein sorgen müssen. Sie beginnt schon vor der Geburt, denn der werdende Mensch bereitet schon Sorge. Nicht nur dadurch, daß sein Erscheinen erhöhte Ausgaben im Arbeiterpaushalt notwendig macht, sondern auch durch die Ungewißheit, ob das Kind gesund und lebensfähig zur Welt kommen wird. Diese Sorge ist nur zu berechtigt. Denn die niedrige Entlohnung der Arbeiterin läßt es nicht zu, daß sie sich so nähere, um dem wachsenden Kinde die zum Aufbau des Körpers notwendigen Nährstoffe zuzuführen. Tausende junger Menschenknospen darben schon im Mutterleib. Dazu kommt, daß die Schwere des Arbeitsprozesses seine lange Dauer, die vielen Gefahren, die er dem Körper der werdenden Mutter bringt (dazu gehört auch die Einwirkung gewerblicher Gifte auf den mütterlichen Organismus), nicht ohne Schaden für Mutter und Kind sein können. Früh, Fehl- und Totgeburten und das Wegsterben kaum zum Leben erwachsener Säuglinge in den ersten Lebensjahren oder -wochen sind die traurigen Folgen der Frauenerwerbsarbeit während der Zeit der Mutterchaft. Die schädlichen Einflüsse des Arbeitsprozesses auf den weiblichen Organismus bilden eine dauernde Gefahr für den Bestand des Volkes. Denn die Fähigkeit zur Mutterchaft untergräbt die kapitalistische Produktionsmethode bei den Frauen der Arbeiterklasse schon, wenn sie das junge heranwachsende Mädchen in ihren Frondiensten spannt und damit den unentwickelten Körper allen gefährlichen Einwirkungen aussetzt.

Und doch werden nach dem Kriege zahllose Arbeiterinnen und viele Mütter kleiner Kinder der Industrie neu zu strömen, um die Lücken auszufüllen, die der unerbitliche Krieg in die Reihen der Industriearbeiter riß. Die Industrie verlangt nach weiblichen Arbeitskräften, der Staat aber will zum Ausgleich der furchtbaren Kriegsverluste Bevölkerungspolitik treiben. Er verlangt von den Frauen die Gewährleistung eines reichlichen Bevölkerungswachstums, wie er für den weiteren Aufstieg des Volkes unerlässlich notwendig ist. Auch wir, die Arbeiterchaft, haben in dieser Zeit Forderungen zu erheben. Wir fordern, daß jeder Frau die Möglichkeit gegeben werden muß, einem Erwerb nachzugehen, daß aber die Bedingungen, unter denen sie arbeitet, ihr nicht die Ausübung des Mutterberufes zur Unmöglichkeit machen. Soll also Bevölkerungspolitik getrieben werden, so muß dem Arbeiterinnenschutz erhöhte Bedeutung in der sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt werden. Durch ihn muß der Ausbeutung der Arbeiterinnen durch das Kapital eine Schranke entgegengesetzt werden und dem Aufbau, der mit Frauenkräften getrieben wird, durch Schaffung von Einrichtungen entgegen gewirkt werden, die Leben und Gesundheit der Frauen schützen. Die Grundlage einer solchen Bevölkerungspolitik müßte aber die gesetzliche Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit für arbeitende Frauen sein und das Verbot der Beschäftigung weiblicher Arbeiter in solchen Industrien, die durch die Schwere ihrer Arbeit oder durch die Einwirkung gewerblicher Gifte den weiblichen Organismus schädigen. Daneben müßte das gänzliche Verbot von Erwerbsarbeit für Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre und eine Beschränkung der Arbeitszeit jugendlicher beiderlei Geschlechts auf täglich 6 Stunden erfolgen. Auch die Frage eines jährlichen Ferienurlaubs unter Fortzahlung des Lohnes wäre eine weitere Forderung.

Unumgänglich notwendig ist aber auch nach den furchtbaren Verlusten des Krieges zum Schutze der Mütter und des Volkswachstums die „Beibehaltung der Reichswochenhilfe“ über den Krieg hinaus und ihre Ausdehnung auf alle unbemittelten ehelichen und unehelichen Wöchnerinnen. Diese durch die Not des Krieges getroffene Einrichtung beweist deutlich, wie schnell von der Arbeiterklasse geforderte soziale Einrichtungen, deren Durchführbarkeit als unmöglich hingestellt wurde, geschaffen werden können, wenn die um die Erhaltung des Staates besorgten Gesellschaftsorgane aus der Erfahrung des Krieges heraus ihre Notwendigkeit erkennen.

Ist die Reichswochenhilfe auch noch nicht vollkommen, so bietet sie doch im wesentlichen das, was als Grundlage eines ausgiebigen Mutterchutzes angesehen werden kann. Auf dieser Grundlage lassen sich weitere Reformen wie





Die Konferenz anerkennt das Recht der der I. S. K. angeschlossenen nationalen Sektionen, von sich aus die Einberufung des I. S. B. zu verlangen.

Ganz unwillkürlich muß man sich sagen, daß eine Zusammenkunft von Vertretern der sozialdemokratischen Parteien aller Länder bei gutem Willen ebenso möglich sein würde, wie die beiden Konferenzen in Zimmerwald möglich waren.

## Gewerkschaftliches.

### Der Töpferverband im Jahre 1915.

Der soeben herausgegebene Verwaltungsbericht des Zentralvorstandes zeigt das in fast allen Verbänden gleiche typische Bild: einen starken Mitgliederzuwachs. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte der Verband 10 337 Mitglieder. Auf vielen Bauten und vor allem in fast allen Ofenfabriken wurde im August 1914 der Betrieb eingestellt. Die Töpfer mußten sehen, schon in anderen Betrieben unterzukommen, dies gelang nach und nach den meisten, sie fanden in Kriegsbetrieben Unterkunft. Immerhin hatte der Verband im ganzen Jahre und bis heute mit einem gewissen Prozentsatz arbeitsloser Mitglieder zu rechnen.

Der durch den Berufswechsel geordnete Zusammenhalt hatte eine unerwünschte Mitgliederflucht zur Folge. Ueber die Hälfte der Mitglieder (5357) waren am Jahreschluß 1915 zum Kriegsdienst eingezogen, 2048 Mitglieder hatten bis dahin dem Verbande den Rücken gekehrt, so daß mit Neueintritten am Schluß des Jahres nur noch 3340 Mitglieder vorhanden waren. Ein besonders starker weiterer Rückgang dürfte nun nicht mehr zu erwarten sein, die noch vorhandenen Mitglieder halten fest und bilden den Stamm zum Wiederaufbau des Verbandes nach Friedensschluß.

Die Finanzen des Verbandes sind zufriedenstellend. Durch den Mitgliederzuwachs sind zwar die Einnahmen erheblich gesunken, jedoch ist das gleiche bei den Ausgaben der Fall. Ein kurzer Vergleich, bei dem wir die entsprechenden Summen des Vorjahres in Klammern beifügen, mögen dies illustrieren; Die Gesamteinnahme der Hauptklasse im Jahre 1915 betrug 134 173 (257 699) Mk., die Gesamtausgaben betragen 148 924 (298 606) Mk. Hervorzuheben wären hierbei für Arbeitslosenunterstützung 16 201 (76 294) Mk., für Krankenunterstützung 16 743 (40 333) Mk. Für Notunterstützung, Unterstützung der Kriegserkrankten usw. wurden im Berichtsjahr 38 600 verausgabt, davon erhielten die Familien der Kriegsteilnehmer 28 576 Mk. Die Sterbeunterstützung erforderte 5590 Mk. Fast ein Drittel aller Verstorbenen ist an Lungenerkrankungen verstorben.

Der Gesamtverbleib des Verbandes ist im Berichtsjahr 1915 nicht wesentlich zurückgegangen. Er betrug am Jahreschluß 1914 837 623 Mk., am Schluß des Jahres 1915 322 115 Mk. Dies bietet die Gewähr, daß der Verband den Krieg mit Leichtigkeit überdauern und nach Friedensschluß in der Lage sein wird, den dann an ihn herantretenden erheblichen Anforderungen gerecht werden zu können.

Während die Konjunktur in den Ofenfabriken und auf Bauten aus den hinreichend bekannten Gründen fast alles zu wünschen übrig gelassen hat, war sie in den Steinzeug- und Scheibentöpfereibetrieben sehr flott. Fast überall erreichen die Töpfer in diesen Fabriken bei voller Beschäftigung Steuererleichterungen bis zu 15 Prozent. Neuerdings zeigt sich auch in den Ofenfabriken eine etwas belebtere Industriestätigkeit, jedoch kann sie bei weitem noch nicht gut genannt werden. Trotzdem mangelt es hier schon stellenweise an Arbeitskräften.

Der Wiederaufbau stockt, erst im Hochsommer dürfte es dort zu lebhafterer Bautätigkeit kommen, was für die Ofenseger und Ofenformer sehr zu wünschen wäre. Trotz mäßiger Lage haben aber auch die Unternehmer in den Ofenfabriken und die Ofensegmeister in letzter Zeit in einer stattlichen Anzahl Orte Steuererleichterungen bis zu 15 Prozent bewilligt.

Für die Provinz Ostpreußen wurde ein Einheitsstarif geschaffen, wobei der bisher höchste Tarif dieses Gebietes, des Königsberger, als Grundlage diente. Außer mancherlei Verbesserungen erhielt dieser Tarif einen Aufschlag von 15 Prozent. Auch ein paritätischer Arbeitsnachweis für Ostpreußen mit der jüngernden Baukonjunktur bisher minimal, kurzzeit stehen 154 arbeitslose Ofenseger aus allen Teilen Deutschlands in diesem Nachweis als Arbeitsuchende eingetragener.

Im Felde gefallen bezw. im Lazarett verstorben waren am Jahreschluß 1915 430 Verbandsmitglieder. Zur Zeit der Mitgliederliste dieser Seiten sind dem Verbandsvorstand 454 Mitglieder gemeldet, die gefallen oder in Lazarett verstorben sind. Eine respektable Zahl angesichts der insgesamt Einkerufenen, deren Gesamtzahl am Jahreschluß 5357 betrug! Hoffentlich nimmt der Krieg bald ein Ende, dann können alle Verbände, und mit ihnen der Töpferverband, ihre ersprießliche und segensreiche Kulturarbeit wieder in vollem Umfange aufnehmen.

## Aus unserem Beruf.

Die Kontrollstelle für freigegebenes Leder, Berlin, gibt bekannt, daß mit Rücksicht auf die erforderlichen, dringlichen, umfangreichen Organisationsarbeiten die Erledigung der täglich einlaufenden vielen Zuschriften, Anträge und Anfragen vorerst noch zurückgestellt werden muß.

**Preise für orthopädische Schuhwaren in Berlin.** Die Berliner Schuhmachermeister haben den Preis für einen normalen Stiefel auf 20 Mk. festgesetzt, für einen solchen bis zu 3 cm Korkerhöhung 30 Mk., für jeden weiteren Zentimeter 2 Mk. für einen Schienen- oder Apparastiefel 30 Mk., Einarbeitung der Plattfüßeinlage in einen Stiefel 5 Mk., für ein Paar herauszunehmende Plattfüßeinlagen 12 Mk., für Stahlfüßeinlagen 10 Mk. Die Mindestpreise für 1 Paar normale Herrenstiefel aus Chevreau oder Bog calf wurden mit 39 Mk., für ebensolche Damenschuhe auf 36 Mk. festgesetzt.

**Kriegsstiefel mit Holzsohlen.** In der Gemeinde Lichterfelde bei Berlin werden Kahllederstiefel mit Holzsohlen zu den Einkaufspreisen von 4,20 bis 6,75 Mk. an die Bevölkerung abgegeben. Dieser Kriegsstiefel wird, wie der Gemeindevorstand besonders hervorhebt, nicht nur von vielen Schülern sondern auch von den Schülerinnen der höheren Lehranstalten fleißig getragen. Gerade die Schülerinnen haben wesentlich dazu beigetragen, daß in wenigen Wochen fast 500 Paare in allen Schichten der Bevölkerung abgesetzt werden konnten. Eine Preisermäßigung von 1,25 Mk. wurde laut „Deutsche Tageszeitung“ auf die ersten verkauften 500 Paare 217 Kindern von Kriegsteilnehmern gewährt. 94 Kinder wurden zu Weihnachten mit den Stiefeln beschenkt. Die für die Einführung der Kriegsstiefel von der dortigen Gemeinde aufgewendeten Kosten belaufen sich auf rund 1200 Mk. — Während während ist die Opferwilligkeit der höheren Schichten, die mit ihrem guten Beispiel die Holzschuhe salonfähig und „für alle Schichten der Bevölkerung“ annehmbar gemacht haben. Unsterblichen Ruhm haben sich die netten Dackfische dadurch erworben.

800 Paar neue und 2000 reparaturbedürftige Stiefel hat die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen in Dresden-Neustadt zu vergeben.

**Rein Leder mehr für Schuhfabrikation.** Im „Schuhmarkt“ verkündigt ein Einfender in wenigen schlichten Zeilen folgende Revolution in der Schuhindustrie: „Wir teilen Ihnen mit, daß unser Fabrikat durch Verwendung von Ersatzstoffen gegenüber Friedenszeiten wenig Abänderung erfahren hat. Nach sehr langer Ausprobierung ist es uns gelungen, heute einen Ersatzstoff, welcher ganz bedeutende Vorteile gegenüber Leder aufweist zu verwenden und den wir gleichzeitig in Einklang mit unserem Fabrikat bringen können. Wie bereits oben erwähnt, hat es uns ziemlich viel Zeit gekostet und infolgedessen auch große Anstren gemacht, weshalb wir sehr bedauern von einer Nennung desselben Abstand nehmen zu müssen.“ Also kein Leder mehr für Schuhe, sondern tausendmal bessere Ersatzstoffe. Damit ist auch die viel erörterte Frage der Schuhfabrikation und des Schwinbels endgültig erledigt. Hoffentlich erfährt man bald, welcher Art das neue wunderbare Lederersatzmittel ist. — Schuhe ohne Leder hatten wir allerdings schon vor Jahren. Ganz arme Proletarier hatten einfach alte Lumpen um die Füße gewickelt, wobei sie aber in ihrer Einfachheit nicht daran dachten, daß sie da ein prächtiges Lederersatzmittel geschaffen hatten.

Eine Schuhmesse in Düsseldorf. Der Schuhagentenverband (Stg Düsseldorf) veranstaltete am 10. und 11. April in Düsseldorf in Gemeinschaft mit den Schuhhändlern eine Schuhmesse, die von Verkäufern und Käufern gut besucht gewesen sein soll.

**Billige Kriegsschuhe in Oesterreich.** Im Interniertenlager Spalerhof bei Graz läßt die Lederfabrik Nietsch Söhne von 54 Gefangenen Holzschuhe herstellen, die je nach der Größe zum Preise von 6 Kr. für Nr. 25—30) bis 11 Kr. verkauft werden. Den Großvertrieb hat der Grazer Schuhgroßhändler „Freundlichst in ungelieblicher Weise“ übernommen, meint der „Schuh“.

**Die Goldschwemme der schwedischen Schuhindustrie.** Zwei schwedische Schuhfabriken haben im Jahre 1915 solche reiche Gewinne gemacht, daß sie aus ihren Reserven den Aktionären Gratisaktien verausgabten, die natürlich wie die bezahlten Aktien dividendenberechtigt sind und mit denen die Dividendensätze niedriger gehalten werden können, um eine zu stark aufsteigende Höhe zu vermeiden. Aber um so größer ist die absolute Dividendensumme, die die Aktionäre erhalten. Eine für die schwedischen Kapitalisten wirklich ideale Gesellschaftsordnung oder „göttliche Weltordnung“, die für sie keine „soziale Frage“ kennt.

**Konkurse in der Schuhindustrie.** Der Schuhfabrikant Schiel in Burgaiben steht mit 62 000 Mk. und die Schuhfabrik Schnigge G. m. b. H. in Roßlau mit 160 000 Mk. Pässen in Konkurs.

Wie der betrügerische Fabrikdirektor die Arbeiter behandelte. Wir berichteten, daß der Schuhfabrikdirektor Münich in Sgla wegen Betrugsereien zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Wie er in der Zeit seiner Direktorenherlichkeit die Arbeiter behandelte, schildert das Wiener „Neue Schuhmacher-Fachblatt“ so: „Unter der Direktion dieses Münich wurden die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wie Sklaven behandelt und war das freie Koalitionsrecht für dieselben außer Kraft gesetzt. Es beweist sich auch hier wieder, daß die arbeitserfindlichsten Unternehmerhöflichen diesen Standpunkt nur zur Verschleierung ihrer sonstigen Fehler benötigen. Dieser Betrug ging mittlerweile an andere Inhaber über und wäre es höchst an der Zeit, daß sich Unternehmer sowie die Arbeiter nun endlich auf einen modernen Standpunkt stellen. — Arbeiter und Arbeiterinnen! Das Schreckensspiel ist beendet. Schließt euch nun euren Berufskollegen, der Berufsorganisation an und laßt euch von niemand daran hindern, was jedem Arbeiter gesetzlich gestattet ist.“

**Der ehemalige Schusterjunge als arbeiterfreundlicher Millionär in Spanien.** Der Großindustrielle Cesares del Cerro vermachte dem Volkshaufe in Madrid 1 Million Pesetas. Die Stiftung soll zur Erhaltung des prächtigen Arbeiterhelms und zur Förderung des Fortbildungsinstituts der angeschlossenen Gewerkschaften dienen. Del Cerro begann seine Laufbahn als armer Schuhmacherlehrling.

**Leberlager auf dem Meeresboden.** Durch deutsche Unterseeboote wurden zwei englische Dampfer versenkt, die mit bedeutenden Lebererzeugnissen aus Amerika beladen waren. Das Leder lagert nun auf dem Meeresboden und können sich die Walfische davon Reistiefel machen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche vom 15. Mai bis 21. Mai der 21. Wochenbeitrag fällig ist.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher wurden als verloren gemeldet und hiermit für ungültig erklärt:  
Gottlob Strobel, B.-Nr. 67 013, eingetreten am 16. Februar 1905 in Kornwestheim.  
Christian Mühlstein, B.-Nr. 5789, eingetreten am 26. Januar 1906 in Kornwestheim.  
Albert Brodbeck, (Karte), eingetreten am 23. April 1915 in Stuttgart.  
Ernst Robe, (Karte), eingetreten am 17. Januar 1916 in Erfurt.

München, den 13. Mai 1916.

Der Vorstand.

## Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

**Muggsburg.** Sämtliche Unterfügungen werden ausbezahlt bei Ludwig Wurm, Ebnerstr. 21 I, vormittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 6—8 Uhr.  
**Burg.** Für den Sterbefall des Kollegen Gustav Mäßer ist der 44. Sterbebeitrag fällig bezw. das 44. Feld auf der Sterbearte zu kleben.  
**Groißsch-Luda.** Die Stichwahl findet Sonnabend, den 20. Mai, abends von 1/8 bis 10 Uhr in Groißsch im „Alten Schützenhaus“, in Luda im Gasthaus „Zur grünen Linde“ statt.

## Ehrentafel

für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Röln, Jakob Becker, gefallen im Westen.  
Stuttgart, Paul Springer, gefallen auf dem Schlachtfelde.

## Sterbetafel.

Emilie Fahnacht, geb. am 5. Januar 1897, gest. am 2. Mai 1916. — Gehirnentzündung.

## Versammlungs-Kalender.

Mitgliederversammlungen.

**Groißsch-Luda-Pegau.** Sonnabend, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr im „Alten Schützenhaus“ in Groißsch, Referat über: Die Lage unseres Bundes in der gegenwärtigen Kriegszeit. Referent: Bezirksleiter R. Weise, Dresden.

**Röln i. Ergsb.** Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 6 Uhr, Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Weise, Dresden, über: Teuerung und Arbeitslöhne.

**Neuer Katalog** (ca. 170 Abbildungen) über **Schuhmacher-Werkzeuge** soeben erschienen.  
— Versand gratis und franco. —  
E. Wasse, Berlin, Lothringersstraße 83.

**Die Arterienverkalkung** und ihre Folgen. Röhmungen, Schlagfluß, Wesen, Verhütung und Behandlung von Dr. Luda. Wertvolle Ratsschläge und die Mittel zur Verhütung. Preis nur Mk. 1.80 per Nachnahme von Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Südende 57.

**Damen- und Herrenarbeiter** sofort gesucht.  
Sean Hesse, Frankfurt a. M. Beilmannstraße 50.